

Zu diesem Heft

Die arabische Revolte gegen das mit den Deutschen verbündete ottomanische Reich wurde militärisch von den Engländern unterstützt. T. E. Lawrence, der wegen seiner Sprachkenntnisse und seiner Kenntnisse der Region vom britischen Geheimdienst angeworben worden war, wurde mit der Aufgabe betraut, mit den irregulären Truppen, die er zusammen mit dem Emir Faisal aus den saudischen Stämmen bildete, Guerillaoperationen gegen das ottomanische Militär durchzuführen. Den Arabern war im Damaskusprotokoll und in dem Briefwechsel zwischen dem britischen Hochkommissar von Ägypten, Sir Henry McMahon, und dem Scherif von Mekka, Hussein ben Ali, für die Zeit nach dem Krieg die Herrschaft über Damaskus, Großsyrien und die arabische Halbinsel versprochen worden.

Das geheime Sykes-Picot-Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien dagegen sah vor, die Region nach Beendigung der Kämpfe in eine britische und eine französische Einflusszone aufzuteilen: Großbritannien eignete sich die Herrschaft über ein Gebiet an, das etwa dem heutigen Jordanien, dem Irak und dem Gebiet um Haifa entspricht. In der Balfour-Deklaration, ein Jahr später, wurde dies zum Mandatsgebiet der Engländer erklärt und für zionistische Siedler freigegeben, ohne Zustimmung des Völkerbundes oder der souveränen Türkei, der formalen Nachfolgerin des ottomanischen Reiches. Frankreich erhielt die Herrschaft über den Südosten der Türkei, den Nordirak, Syrien und den Libanon und setzte seinen Anspruch in der Schlacht von Maysalun 1920 durch, noch bevor er vom Völkerbund anerkannt worden war. König Faisal musste Damaskus verlassen.

Somit wurden die Versprechen gebrochen, mit denen man die Araber in den Aufstand gelockt hatte – ein historischer Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den Westeuropäern und den Arabern: Diese Ereignisse bilden bekanntlich den historischen Schlüssel für die nach wie vor verworrene Lage im Nahen Osten.

In der Biographie von T. H. Lawrence, dem berühmten »Lawrence von Arabien«, hat der englische Militärhistoriker B. H. Lidell Hart erstmals auf ein besonderes Problem jedes irregulären Widerstands hingewiesen, das er dann in seinem mehrfach aufgelegten Buch »Strategy« ausführte: »Das größte und nachhaltigste Handicap bei jeder Résistance ist die moralische Nachwirkung. Nicht nur, daß der bewaffnete Widerstand auch für viele üble Burschen attraktiv ist, denen unter dem Siegel des Patriotismus eine Lizenz zum Ausleben ihrer kriminellen Energien erteilt wird. Schlimmer noch sind die Nachwirkungen auf die Moral einer ganzen Generation: Der Widerstand lehrt sie, Autorität zu mißachten und die Regeln bürgerlicher Moral im Kampf gegen die Besatzungsmächte zu brechen. Die Folge ist ein Mangel an Respekt für Gesetz und Ordnung, der nicht verschwindet, wenn die Besatzer das Land verlassen haben.

Der Habitus der Gewalt hinterläßt viel tiefere Spuren bei den irregulären als bei den regulären Kräften. Im regulären Militär wird die Neigung zur Gewalt durch den Habitus des Gehorsams gegenüber den verfassungsmäßigen Autoritäten im Zaum gehalten, wogegen die irregulären Truppen den Widerstand gegen die Behörden und

das Brechen der Gesetze selbst als eine Tugend zu betrachten lernen. Es ist deshalb sehr schwierig, einen stabilen Staat auf einer solchen unterminierten Grundlage wieder aufzubauen.«¹

Das war eine neue Fragestellung: Wie kann man erreichen, dass die Kämpfer sich nach ihrem Sieg wieder in die Gesellschaft einpassen? Wie bewerkstelligt man, dass sie sich zu den neuen Regierungen loyal verhalten und nicht weiterkämpfen, auch wenn sie ihre Ziele, für die sie gekämpft hatten, nicht verwirklicht haben? Das ist das Problem, das sich nach jeder Revolution stellt und das sich jede Großmacht stellen muss, bevor sie einen Widerstandskampf unterstützt: Regionen können durch eine solche Politik für lange Jahrzehnte unzugänglich und unregierbar werden.

Hobbes hielt nur den Staat für fähig, diese Situation aufzulösen. »Die Gesellschaft erhalten«, so resümiert Adam Smith seine Lektüre von Hobbes, »heißt also, die bürgerliche Verfassung stützen. Die bürgerliche Verfassung vernichten bedeute, dem Bestehen der Gesellschaft ein Ende machen. Die Existenz der bürgerlichen Verfassung hängt also ab von dem Gehorsam, der der obersten Behörde gezollt wird. In dem Augenblick, wo diese ihre Autorität verliert, ist es mit aller Regierung und Verfassung zu Ende.«

In Jahrzehntelangen bewaffneten Bürgerkriegen kann Widerstand dann zur Lebensform werden. So hat sich die Boko-Haram-Bewegung, die zunächst von muslimischen Politikern abhängig war, verselbstständigt und ist kein »Werkzeug« muslimischer Politiker mehr: Sie ist unberechenbar geworden in ihrem Widerstand gegen westliche Bildung und korrupte Eliten, wie unser Autor Johannes Harnischfeger zeigt. Und der Historiker Heinz A. Richter legt dar, dass sich die Haltung des Widerstands verfestigen kann: Jede Obrigkeit erscheine den Griechen als Fremdherrschaft, die man hemmungslos schädigen kann. Widerstand muss also nicht unbedingt aktiv und bewaffnet sein. Unter bestimmten Bedingungen und in bestimmten historischen oder regionalen Nischen entstehen Gesellschaften ohne Staat, wenn man, wie Norbert Elias, Staat definiert als die Fähigkeit, Steuern einzutreiben. Die EU, die sich vermeintlich an die griechische Regierung richtet, trifft in Wirklichkeit nur auf ein ausgeklügeltes System klientelistischer Beziehungen, in dem schon im frühen Alter die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei festliegt. Diese Zugehörigkeit zu einer Klientel gibt zugleich Anerkennung und eine materielle Sicherheit, die dann das ganze Leben bestimmen. Moral und Loyalität gelten der eigenen Gruppe, Außenbeziehungen werden als unsicher wahrgenommen und bilden tendenziell eine feindliche Front.

Die Frage der Loyalität scheint auch in Deutschland im Verhältnis der Bürger zum Staat problematisch geworden zu sein: Mit Unterstützung von Steuer- und Bankberatern ist Steuerflucht auch in Deutschlands Eliten ein weit verbreiteter Habitus, wie die zahlreichen CDs aus schweizerischen Bankdepots mit Tausenden von Namen bezeugen. Bürgerlicher Ungehorsam gegen Besteuerung entspricht dem Muster des Widerstands in der moralischen Selbstpositionierung oberhalb des eige-

1 B. H. Liddell Hart 1967 [1941]. *Strategy. The indirect approach*. London: Faber & Faber, S. 381.

nen Staates. Es entfaltet sich in diesem Fall schleichend eine eigene elitäre Binnenmoral, es wird mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen: Was innen gilt, muss keineswegs auch außen gelten. Recht wird abgewogen, es entsteht eine fragmentierte Welt.

Soziologisch, politisch, ökonomisch und juristisch hat es Folgen, welche Einheit als moralischer Orientierungspunkt gewählt wird, wem man Anerkennung zollt. Es muss kein Widerstand sein, keine Sabotage, für ein Unternehmen reicht schon die innerliche Kündigung einer Anzahl ihrer Mitarbeiter, um große Schäden anzurichten. Und die Unternehmen versuchen deshalb, den Griff auf die Seelen ihrer Beschäftigten zu verstärken, wie Stephan Voswinkel und Gabriele Wagner in diesem Heft beschreiben. Dabei geraten sie notwendigerweise in einen Widerspruch zum Geschäftsziel, das nur erreichbar ist über die betriebliche Einordnung und damit Instrumentalisierung der Mitarbeiter. Auch in von Deindustrialisierung und Entvölkern betroffenen Randgebieten lassen sich verstärkt staatsferne, resistenzartige Haltungen finden. Deshalb weisen Claudia Neu, Jens Kersten und Berthold Vogel in ihrem Aufsatz am Beispiel der Infrastrukturen darauf hin, wie notwendig der Erhalt der Kohäsion der Gemeinschaft ist.

Sparen und kaufen oder auf Pump kaufen und dann abarbeiten? Christoph Deutschmann hat in seinem Aufsatz differenziert die Dynamik des Konsums nachgezeichnet, die historisch eng mit der Symbolfunktion des Warenkonsums für die jeweiligen Käufergruppen verknüpft ist. Jörg Potthast beschreibt am Beispiel der Rolle von Prüfungen im Verkehrsbereich, wie rasch sich neue gesellschaftliche Anforderungen an die Sicherheit zu reinen symbolpolitischen Deutungen verwandeln, und Karen Schönwälder und Sören Petermann reagieren in ihrer Studie auf eine These von Jürgen Gerhards², der – gestützt auf Putnam – einen Zusammenhang zwischen ethnisch-kultureller Heterogenität und Sozialkapital beobachtet hatte. Schönwälder und Petermann stellen nun in ihren Untersuchungen fest, dass hohe Anteile von AusländerInnen an der Bevölkerung des Wohnviertels keineswegs mit vermindernten sozialen Interaktionen einhergehen.

Reinhard Blomert

2 Jürgen Gerhards 2011. »Der Kult der Minderheitensprachen«, in *Leviathan* 39, S. 165-186.